

EDITORIAL

Mehr als 10 Jahre nach Ihrer Einführung steht die Pflegeversicherung noch immer im Schatten der Krankenversicherung. Das liegt nicht nur daran, dass der Gesetzgeber diese akzessorisch mit der jeweiligen Krankenversicherung verbunden hat. Es liegt wahrscheinlich auch daran, dass die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft sachlicher debattiert werden als die von Macht- und Verteilungskämpfen dominierten Veränderungen im Gesundheitswesen. Dabei kann sich die Leistungsbilanz der Pflegeversicherung, wie unser Autor Gerhard Naegele hervorhebt, durchaus sehen lassen. Dies gilt sowohl für die Pflegebedürftigen, denen in der Regel der als demütig empfundene Weg zum Sozialamt erspart bleibt, als auch für ihre Angehörigen, die zumindest teilweise von ihren Lasten befreit werden. Schließlich darf die beschäftigungsfördernde Wirkung der Pflegeversicherung nicht unterschätzt werden.

Gleichwohl bedarf das Teilkaskosystem Pflegeversicherung struktureller und finanzieller Anpassungen, um den sozio-ökonomischen Veränderungen – insbesondere der demografischen Entwicklung – gerecht zu werden. Diese pflegerischen Herausforderungen beschreiben Doris Schaeffer und Adelheid Kuhlmeijer, wobei sie besonderes Gewicht auf die ambulante Pflege und die Rolle der Angehörigen legen. Wie sich die Belastungen des demografischen Wandels

intergenerativ gerecht verteilen lassen, zeigen Eckart Fiedler, Guido Büscher und Markus Lüngen auf. Sie entlarven nebenbei die apokalyptischen Visionen mancher Wissenschaftler als interessengeleitete Panikmache. Der Themenkomplex Pflege wird abgerundet durch einen Bericht über ein Modellprojekt zur Einführung personenbezogener Budgets in der Pflege. Ein solches Budget scheint demnach insbesondere für allein lebende, ältere Menschen, an Demenz Erkrankte sowie Multimorbide sinnvoll zu sein. Die Expertise unserer Autorinnen und Autoren wird mit Sicherheit in das laufende Gesetzgebungsverfahren zur Pflege einbezogen werden.

Die Abwertung pragmatischer Reformvorstellungen in fast allen Politikfeldern in der Tages- und Wochenpresse ist ein weiterer Beleg dafür, dass sich das Verhältnis von Politik und Journalismus in der Berliner Republik zu einer „nervösen Zone“ entwickelt hat. Auf der einen Seite werden revolutionäre Umwälzungen verlangt, auf der anderen Seite darf niemand, insbesondere nicht die schreibende Zunft, belastet werden. Vor diesem Hintergrund mutet es wohltuend an, wenn Struktur- und Finanzfragen sachlich erörtert und ohne Fixierung auf ideologische Vorfestlegungen entschieden werden können. Vielleicht kann die Reform der Pflegeversicherung dann auch beispielgebend wirken für weitere Reformen im Gesundheitswesen.

Franz Knieps

